

Aus der Abteilung Umweltschutz und Wasserwirtschaft des Rates der Stadt Halle (Saale)
(Abteilungsleiter: Stadtrat Wolfgang Franke)

Zur Zusammenarbeit zwischen der Stadt Halle und der Martin-Luther-Universität auf dem Gebiet der sozialistischen Landeskultur und des Umweltschutzes

Von

Wolfgang Franke

(Eingegangen am 15. November 1975)

Die Probleme der optimalen Gestaltung der Mensch-Umwelt-Beziehungen als Beitrag zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sind Bestandteil der auf dem VIII. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgaben und stehen im Mittelpunkt der Führungs-, Leitungs- und Planungstätigkeit des Rates der Stadt Halle.

Dabei lassen wir uns stets davon leiten, daß zur Erfüllung der Aufgaben der sozialistischen Landeskultur und des Umweltschutzes alle unserer sozialistischen Ordnung innewohnenden Möglichkeiten allseitig und bewußt genutzt werden. Dies unterstreichen die vielen guten Ergebnisse, die wir durch die Schöpferkraft, Bereitschaft und Initiative unserer Menschen in den letzten Jahren erzielt haben, wie es zum Beispiel in der 9. Tagung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Halle zum Ausdruck kam. Dort konnten wir eine positive Bilanz der erreichten Ergebnisse auf dem Gebiet der sozialistischen Landeskultur und des Umweltschutzes ziehen.

Mit Stolz können wir heute sagen, daß sich unsere Stadt, die zugleich Universitätsstadt ist, zu einer sozialistischen Großstadt entwickelt hat. Mit der Fertigstellung des Boulevards in der Klement-Gottwald-Straße, der Schaffung neuer Wohnkomplexe in der Südstadt II, der Inbetriebnahme der Industriewäscherei, der Schaffung neuer Verkehrsbedingungen an der Ortsdurchfahrt Ammendorf, des Baues der Kläranlage Halle-Süd, der weiteren Gestaltung der Heide und des Heidesees sowie der Fertigstellung der Volksschwimmhalle auf der Saline – um nur einige Maßnahmen zu nennen – wurde auf unserem Territorium der Hauptaufgabe des VIII. Parteitages der SED entsprochen.

Viel wurde in den letzten Jahren erreicht, aber viel bleibt auch noch zu tun.

Bei der Festlegung der Aufgaben zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und zur besseren Umweltgestaltung in unserer Stadt ließen sich die Abgeordneten von den Beschlüssen der 13. und 14. Tagung des ZK der SED leiten, die für alle Abschnitte des gesellschaftlichen Lebens anspruchsvolle Ziele gestellt haben. So beinhaltet dieser Beschluß Maßnahmen zur Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit, zur Erhöhung des Erholungswertes der Landschaft, zum Schutz der Wälder und des Baumbestandes, zur Durchsetzung einer geordneten Mülldeponie sowie zur Nutzbarmachung von Abprodukten und Maßnahmen des technischen Umweltschutzes. Die Erfüllung dieser umfangreichen Aufgaben erfordert, daß alle geistigen und materiellen Reserven für die weitere Durchsetzung von Maßnahmen der sozialistischen Landeskultur und des Umweltschutzes erschlossen werden. Dabei ist die Erschließung der in unserer Stadt vorhandenen wissenschaftlichen Potenzen eine entscheidende Voraussetzung. Wir können uns hierbei auf eine gute Tradition stützen, denn zwischen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und dem Rat der Stadt Halle besteht seit

Jahren eine enge und gute Zusammenarbeit, die sich z. B. in der Unterstützung bei der Ausarbeitung der Stadtentwicklungskonzeption und in der Bereitstellung von wissenschaftlichen Ergebnissen aus Diplomarbeiten und Dissertationen für Leitungsentscheidungen und der Übernahme von Aufgaben im Rahmen der territorialen Rationalisierung widerspiegelt.

Auf Empfehlung der Ständigen Kommission „Sozialistische Landeskultur und Naherholung“ der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Halle wurden die Probleme der Landeskultur und des Umweltschutzes in den Mittelpunkt von Beratungen zwischen Abgeordneten und Vertretern der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg gestellt.

Im Ergebnis der so begonnenen Zusammenarbeit wurde eine Rahmenvereinbarung vorbereitet und am 16. Oktober 1975 unterzeichnet. Diese Rahmenvereinbarung beinhaltet folgende Schwerpunktaufgaben:

- Unterstützung seitens der Martin-Luther-Universität bei der Vorbereitung von Leitungsentscheidungen bzw. Beschlußvorlagen des Rates der Stadt (Beratungs- und Gutachtertätigkeit);
- gegenseitige Unterstützung bei der Organisation der Öffentlichkeitsarbeit;
- regelmäßiger Informationsaustausch;
- Förderung von einschlägigen Qualifizierungs- und Forschungsarbeiten (z. B. Beleg- und Diplomarbeiten, Dissertationen) zu Umweltproblemen der Stadt Halle durch die betreffenden Fachabteilungen des Rates der Stadt;
- Unterstützung der Naturschutzarbeit im Territorium durch beide Partner;
- Entwicklung gemeinsamer Initiativen im Rahmen der „Mach-mit“-Wettbewerbsbewegung.

Diese Schwerpunkte werden in jährlichen Arbeitsplänen durch konkrete abrechenbare Maßnahmen ihren Niederschlag finden. Dabei sind auch die Probleme der Stadt Halle-Neustadt und des Saalekreises mit einzubeziehen, denn die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn erfolgt auf der Grundlage einer Konzeption zur Leitung und Planung einer gemeinsam aufeinander abgestimmten Entwicklung.

Abschließend sei die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß unsere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der sozialistischen Landeskultur und des Umweltschutzes wesentlich dazu beitragen wird, die im Beschluß der 9. Tagung der Stadtverordnetenversammlung für unser Industrieballungsgebiet fixierten Aufgaben zu realisieren, um unsere Stadt noch attraktiver, noch erlebnisreicher und umweltfreundlicher im Sinne einer sozialistischen Großstadt zu gestalten.

Wolfgang Franke
Stadtrat für Umweltschutz und Wasserwirtschaft
beim Rat der Stadt Halle
DDR - 402 Halle (Saale)
Markt 1